

MÜNDLICHE ANFRAGE MIT AUSSPRACHE O-0103/09

gemäß Artikel 115 der Geschäftsordnung

von Paweł Zalewski, Vytautas Landsbergis, Tunne Kelam, Mario Mauro, Jacek Saryusz-Wolski, Anna Záborská, Elmar Brok, Ioannis Kasoulides, Michael Gahler, Andrzej Grzyb, Eduard Kukan, Andrey Kovatchev, Hans-Gert Pötering, Cristian Dan Preda, Ioan Mircea Pașcu, Krzysztof Lisek, Arnaud Danjean, Jan Olbrycht, Francisco José Millán Mon, Ryszard Antoni Legutko, Marek Siwiec, Janusz Władysław Zemke, Filip Kaczmarek, Inese Vaidere, Laima Liucija Andrikienė, György Schöpflin, Alf Svensson, Gay Mitchell, Zoran Thaler, Werner Schulz, Arturs Krišjānis Kariņš, Algirdas Saudargas, Gunnar Hökmark, Lambert van Nistelrooij, Anna Ibrisagic, Jacek Protasiewicz, Jarosław Leszek Wałęsa, Milan Zver, Peter Šťastný, Ville Itälä, Lena Barbara Kolarska-Bobińska, Czesław Adam Siekierski, Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz, Radvilė Morkūnaitė und Leonidas Donskis
an den Rat

Betrifft: Frieden und Zusammenarbeit in den Beziehungen zu Weißrussland und Russland

Am 29. September 2009 gingen die russisch-weißrussischen Militärmanöver, die umfassendsten, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, nahe der EU-Grenze zu Ende. Hierauf muss die Europäische Union reagieren, da die Sicherheit der Mitgliedstaaten und die Integrität der Ostpolitik der EU unmittelbar tangiert sind.

Die Szenarien der „West 2009“ genannten Truppenübungen rufen bei uns Erstaunen und Ablehnung hervor. Die Manöver gingen unter anderem von einem aus Richtung EU kommenden Angriff auf das weißrussische Territorium aus. Wir sind auch beunruhigt über den ersten Teil der September-Manöver im Ostseebecken, wo es zum ersten Mal um die Verteidigung der Nord-Stream-Pipeline ging. Das Szenario dieser Manöver könnte als Auftakt zur zunehmenden Militarisierung der Ostseeregion durch die Russische Föderation gesehen werden. Dies wird sich zweifellos nachteilig auf die Einstellung gegenüber der Neutralität der „neutralen Gewässer“ und die Sicherheitsfragen in der gesamten Region auswirken und die normalen Beziehungen der EU-Mitgliedstaaten in der Ostseeregion beeinträchtigen.

Die politische Rolle Weißrusslands bei diesen Manövern sorgt für Verwirrung. Das von der Regierung in Minsk akzeptierte Programm für die Östliche Partnerschaft geht davon aus, dass auf der Grundlage des gegenseitigen guten Willens und eines friedlichen Vorgehens die Zusammenarbeit aufgebaut werden kann. Für uns muss es selbstverständlich sein, dass wir von der weißrussischen Regierung als glaubwürdige Partner und nicht als Feinde behandelt werden. Die Politik der Europäischen Union ist transparent und vorhersehbar. Wir erwarten das Gleiche von Weißrussland. Nur dann kann das Programm für die Östliche Partnerschaft zum Erfolg führen. Gegenwärtig steht die Vision eines Beitritts Weißrusslands zur Östlichen Partnerschaft im Widerspruch zu der Tatsache, dass die Regierung dieses Landes Manöver durchführen lässt, bei denen es darum geht, das Land gegen einen Angriff aus der EU zu schützen. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die betreffenden Manöver in Zusammenarbeit mit dem Staat durchgeführt wurden, der seine Nachbarn unter dem Vorwand der Verteidigung angreift.

In der derzeitigen Lage sollte die Reaktion der Vertreter der EU gegenüber der weißrussischen Regierung mit Blick auf die Qualität der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Weißrussland und die Zukunft der Östlichen Partnerschaft sowie die Glaubwürdigkeit und Integrität der Ostpolitik der EU klar sein. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Argumente ersuchen wir den Rat, die Frage zu beantworten, ob und wie die Europäische Union auf die russisch-weißrussischen Manöver reagiert hat, bei denen ein oder zwei Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Aggressor gesehen wurden.

Eingang: 07.10.2009

Weiterleitung: 08.10.2009

Fristablauf: 29.10.2009